



# Europapolitische Bildung stärken – ablehnenden Dissens hemmen

## EU-in-BRIEF | Ausgabe 04-2017

Von Jan Robert Lohmann

**Die stillschweigende Akzeptanz europapolitischer Entscheidungen ist in den vergangenen Jahren einem „ablehnenden Dissens“ gewichen, konstatiert Jan Robert Lohmann von der Universität Passau. Europapolitische Bildungsarbeit kommt deshalb eine enorme Bedeutung zu: Ein Lernen über Europa führt automatisch zu einem Lernen für Europa im Sinne der Befähigung einer aktiven Teilhabe an einer europäischen Gesellschaft, lautet das bildungspolitische Credo. Als Beitrag zum aktuellen Konsultationsprozess in der Europäischen Bewegung Deutschland zu den Politischen Forderungen 2017/18 analysiert Lohmann, wo, wie und unter welchen Bedingungen europapolitische Bildung stattfinden und wie sie intensiviert werden kann.**

*„Die politische Bildung ist ein zentraler Bestandteil einer aufgeklärten demokratischen Gesellschaft. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Grundprinzipien unseres politischen Systems, ihre Grundrechte und Bürgerpflichten kennen, um an politischen Entscheidungen teilhaben zu können.“*

*Martin Schulz (damals Präsident des Europäischen Parlaments, im Juli 2016)*

Brexit, Staatsschuldenkrise, Renationalisierungstendenzen: Stichworte, die in Bezug auf die Europäische Union (EU) derzeit allorts fallen. Zu Recht – spiegeln sie doch Tendenzen wider, die Lisbeth Hooghe und Gary Marks bereits vor circa zehn Jahren als einen Prozess vom „Permissive Consensus“ zu „Constraining Dissensus“ bezeichnet haben (Hooghe/Marks 2008). Die EU scheint in einer Legitimationskrise zu sein, die zwar auch andere politische Akteure umfasst, aber die Union scheinbar härter trifft. Die stillschweigende Akzeptanz europapolitischer

Entscheidungen ist gewichen und wurde von einer (teils) offenen Ablehnung europapolitischer Entscheidungen und Institutionen – kurz dem gesamten Projekt Europäische Integration – ersetzt. Anhaltspunkte hierfür gibt es zahlreich: Stärkung europaskeptischer oder nationalistischer Parteien bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 (bei leicht gesteigener Wahlbeteiligung), Austrittsvotum der Bevölkerung eines großen Mitgliedstaates der EU, Stärkung und teils hohe Erfolgchancen nationalistischer oder rechtspopulistischer Parteien im europäischen Superwahljahr 2017 – als dies prägt den Diskurs über die EU.

## Lernen über und für Europa

Martin Schulz, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, zeigt in einem Interview exemplarisch die Relevanz

politischer Bildung für Staatsgebilde auf: Nur durch eine umfassende politische Bildung könnten die Bürgerinnen und Bürger an politischen Prozessen teilhaben. In Bezug auf die EU verstärkt sich diese Notwendigkeit zusätzlich: Die rein räumliche Bürgerferne Brüssels potenziert ablehnende Haltungen gegenüber politischen Entscheidungen, Entscheidungsträgern und Institutionen einerseits, andererseits prägen Legitimationskrisen die EU schon von Beginn an.

Die Vermittlung von europapolitischen Inhalten sollte sich dabei an dem in der Bildungswissenschaft gebräuchlichen Credo „Lernen über und für Europa“ orientieren (Jansen 1991). Demzufolge sei ein Lernen über Europa, also über die europäischen Institutionen und politischen Prozesse, aber auch über bspw. europäische Nachbarstaaten und Gesellschaften, automatisch auch ein Lernen für Europa im Sinne der Befähigung einer aktiven Teilhabe an einer europäischen Gesellschaft.

## Schulische europapolitische Bildungsarbeit als Basis

Europapolitische Bildungsarbeit muss in den Schulen vorangetrieben werden, darf sich jedoch nicht auf den schulischen Kontext beschränken. Außerschulische politische Bildung nimmt bei immer knapper werdenden zeitlichen Ressourcen im Schulalltag eine stetig wachsende Rolle ein (Kalina 2014).

Mit dem Hinweis, dass „nur die schulische politische Bildung sämtliche angehende Bürgerinnen und Bürger erreichen kann“, schreibt Monika Oberle diesem Bereich einen besonderen Stellenwert zu (Oberle 2015, S. 2). Weiter präzisiert sie, dass hierfür vor allem der Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonals Raum gegeben werden müsse, zusätzlich zu einer höheren Verankerung des

Unterrichtsfachs in den Lehrplänen deutscher Schulen, oder eine entsprechende transdisziplinäre Verankerung von politischer Bildung in verwandten Schulfächern.

## Notwendigkeit zusätzlicher außerschulischer Bildungsarbeit

Eine Fokussierung auf die schulische politische Bildung würde allerdings das weitreichende Potenzial außerschulischer Bildung vernachlässigen. Jüngste Forschungen zeigen auf, dass deutsche zivilgesellschaftliche Akteure einen hohen Beitrag zur Bildungsarbeit und Wissenstransfer in Europa leisten. Knapp die Hälfte der Mitglieder der Europäischen Bewegung Deutschland gaben in einer Erhebung der drei wichtigsten Ziele ihrer Arbeit an, dass dies die Weitergabe bzw. Vermittlung von Wissen über die Grenzen Deutschlands hinaus sei. Wichtig ist hierbei, dass dieser Wissenstransfer nicht intendiert stattfindet. In qualitativen Experteninterviews im Rahmen der Erhebung legten sämtliche Befragte hohen Wert auf die Neutralität der Bildungsarbeit, also dem Ziel frei von Beeinflussen die Befähigung zur Selbstbefähigung zu vermitteln (vgl. Lohmann/Göler/Vollmer 2016).

## Breite Finanzierung fördern

Die Erreichbarkeit von Personenkreisen ist bei dieser außerschulischen Bildung – wie Oberle darlegte – ein Problem, ein anderes ist die Finanzierung von Bildungsmaßnahmen: Kostendeckendes Wirtschaften ist im außerschulischen Bildungsbereich selten möglich, weshalb nationalen und europäischen Förderprogrammen ein hoher Stellenwert beikommt. Dieses Modell einer Mischfinanzierung ist hinlänglich bekannt und wird von vielen Akteuren angewandt – in

der bereits dargelegten Studie über deutsche zivilgesellschaftliche Akteure haben Teilnehmer rückgemeldet, dass die Mischfinanzierung auf fast alle Akteure in der deutschen Zivilgesellschaft zutrifft.

Gerade aus diesem Grund sind nationale und europäische Förderprogramme von immenser Bedeutung: 60 Prozent der befragten Akteure finanzieren zwischen 50 und 100 Prozent ihrer täglichen Arbeit aus eben diesen Förderprogrammen. Um dieser hohen Bedeutung der Co-Finanzierung gerecht zu werden, sind vor allem zwei Dinge von vorrangiger Bedeutung: Erstens eine möglichst geringe Hürde der Antragsstellung, um die Transaktionskosten so gering wie möglich zu halten, und zweitens die Möglichkeit der Klein- und Kleinstförderung. Um die Vielfalt des außerschulischen Bildungsangebots so hoch wie möglich zu halten, sollten sich die Fördermöglichkeiten dieser Gegebenheit anpassen und nicht ausschließlich auf Großprojekte fokussiert sein.

## Angebotsvielfalt stärken

Nicht nur, wo und unter welchen Bedingungen europapolitische Bildung stattfindet, sollte in den Diskurs aufgenommen werden, sondern auch, wie diese vonstattengeht. Von zentraler Bedeutung ist hierbei das aktive Lernen. Vor allem junge Menschen scheinen ein Bedürfnis danach zu haben, sich Inhalte und Wissen selbst zu erarbeiten – durch erleben erlernen. Den hohen Mehrwert von Jugendbegegnungsprogrammen, wie sie schon seit jeher in der EU praktiziert werden, kann nicht nur durch die eigenen Erfahrungen fast jedes Unionsbürgers bestätigt werden. Neueste Untersuchungen zeigen zudem einen besonders hohen Mehrwert an kombinierten Angeboten auf, also von Aktivitäten, die bspw. interkulturellen Austausch und Bildungsmaßnahmen kombinieren (Lohmann 2017).

## Herausforderungen beikommen – europa- politische Bildung stärken

Um den zahlreichen nationalen und europäischen Herausforderungen beizukommen, muss die Bildungsarbeit intensiviert werden. Die Europäische Union kann durch vermehrte und neue Bildungsangebote nur profitieren – Bildung über Europa ist gleichermaßen Bildung für Europa.

Bereits existierende Förderprogramme sollten entsprechend angepasst werden, sodass die Antragsstellung auch von kleineren Akteuren bewältigt werden kann. Niedersachsen hat kürzlich die Wiedereinsetzung einer Landeszentrale für Politische Bildung beschlossen. Zusätzlich wäre es wünschenswert, wenn das Niedersächsische Beispiel als Vorbild fungieren würde und Bestrebungen des Ausbaus politischer Bildung auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene verstärkt werden. Nur so kann europaskeptischen Ressentiments differenziert entgegengewirkt werden.

### Literatur

Andreas Kalina (2014): Erfolgreich. Politisch. Bilden. Faktensammlung zum Stand der politischen Bildung in Deutschland. Sankt Augustin/Berlin.

Bernd Janssen (1991): Europäische Bildung. In: Will Cremer/Otto Schmuck/Inge Heick (Hrsg.): Politische Bildung für Europa. Die europäische Dimension in der politischen Bildung der zwölf EG-Staaten, Bonn, S. 51-63.

Lisbeth Hooghe/Gary Marks (2008): A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus. In: British Journal of Political Science, Vol. 39, Issue 1, S. 1-23.

Martin Schulz (2016): Dialog und ein „erfahrbares“ Europa. In: Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Bildung für Europa. Bonn, S. 6-7.

Monika Oberle (2015) (Hrsg.): Die Europäische Union erfolgreich vermitteln. Perspektiven der politischen EU-Bildung heute. Wiesbaden.

Robert Lohmann (2017 – im Erscheinen): Der

Mehrwert von Politiksimulationen im europäischen Norm- und Regelexport – Fallbeispiel eines zivilgesellschaftlichen Akteurs. In: Daniel Göler/Eckhart D. Straten-schulte (Hrsg.): Norm- und Regeltransfer in den internationalen Beziehungen. Berlin.

Robert Lohmann/ Daniel Göler/Isabel Vollmer (2016): Außenpolitik der Zivilgesellschaft. Chancen und Perspektiven von Public Diplomacy, Stuttgart: ifa-Edition Kultur und Außenpolitik.



## Über den Autor

**Jan Robert Lohmann**, M.A. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik an der Universität Passau. Hier lehrt er verschiedene Aspekte der Europäischen Integration mit einem Schwerpunkt auf die europäische Außen- und Verbraucherpolitik. Zusätzlich ist er Gastdozent an der Akademie für Politische Bildung, Tutzing, wo er für vor allem jungen Menschen Bildungsangebote über die Europäische Union vorbereitet und durchführt.

**Kontakt:** [robert.lohmann@uni-passau.de](mailto:robert.lohmann@uni-passau.de)

Beim Zitieren dieses Artikels verweisen Sie bitte auf: [http://www.netzwerk-ebd.de/fileadmin/files\\_ebd/eu-in-brief/EBD\\_PUB\\_EU-in-BRIEF\\_4\\_2017\\_Robert\\_Lohmann\\_Europapolitische\\_Bildung\\_staerken.pdf](http://www.netzwerk-ebd.de/fileadmin/files_ebd/eu-in-brief/EBD_PUB_EU-in-BRIEF_4_2017_Robert_Lohmann_Europapolitische_Bildung_staerken.pdf)

## Impressum

**EU-in-BRIEF | Analysen – Positionen – Vorausschau** ist ein kostenloses Informationsangebot im PDF-Format des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland.

ISSN-Nummer: 2191-8252

**Zitier-Hinweise:** Bisher wurden keine verbindlichen Regeln zur Zitierweise digitaler Publikationen geschaffen. Daher bitten wir, folgende Angaben zu übernehmen, wenn Sie einen unserer Texte zitieren möchten: Autoren des Textes, Titel des Textes, Internetadresse wie angegeben. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

© **Europäische Bewegung Deutschland e.V.**

Sophienstr. 28/29 | D-10178 Berlin  
T +49 30 3036201-10 | F -19  
[info@netzwerk-ebd.de](mailto:info@netzwerk-ebd.de)

Herausgeber: Bernd Hüttemann (V.i.S.d.P.)

## Mehr Wissen!

Auf der Website der EBD erfahren Sie alles Wesentliche über unsere Organisation und können kostenfrei auf eine Vielzahl von Informationen zu Europa zugreifen: <http://www.netzwerk-ebd.de>

Die Europäische Bewegung Deutschland e.V., gegründet 1949, ist das größte zivilgesellschaftliche Netzwerk in Deutschland und institutioneller Partner des Auswärtigen Amtes.